

08.05.2011 - 04:50 Uhr

**Media Service: Schlagzeilen Zentralschweiz am Sonntag vom 8.Mai 2011**

Luzern (ots) -

**"CVP und FDP müssen fusionieren"**

Sie zählten bei den Wahlen in den vergangenen Wochen zu den grossen Verlierern: CVP und FDP. Nun spricht Ständeratspräsident und Urner CVP-Politiker Hansheiri Inderkum Klartext: «CVP und FDP müssen eine Fusion ins Auge fassen, denn nur eine solche stellt meines Erachtens langfristig sicher, dass unser Land eine starke Mitte hat», sagt er im Interview mit der «Zentralschweiz am Sonntag». Inderkum ist sich zwar bewusst, dass sich eine Fusion der beiden Mitteparteien nicht so schnell bewerkstelligen lässt und dass ein solches Vorhaben gerade auch in der Innerschweiz auf Widerstand stossen wird. Der 64-Jährige Notar und Rechtsanwalt betont aber: «Wir müssen uns jetzt ernsthaft Gedanken machen, denn irgendeinmal könnte es zu spät sein.»

**"Griechenland ist nicht mehr zu retten"**

Seit die EU-Finanzminister sich am Freitag zu einem geheimen Treffen versammelt haben, ist die Nervosität gross: Griechenland, so die Gerüchte, stehe vor einer Umschuldung. "Diese Gerüchte kommen nicht von ungefähr", sagt UBS-Chefökonom Daniel Kalt im Interview mit der "Zentralschweiz am Sonntag". "Griechenland ist nicht mehr zu retten." Der Staat sei faktisch pleite. Das angebliche Treffen der Finanzminister zeige, wie dramatisch die Lage sei. Aber noch traue sich niemand, das offiziell zu bestätigen. Kalt: "Dies ist Teil der Taktik. Man will Zeit gewinnen. Die Gerüchte sind ein Schuss vor den Bug der involvierten Banken." Mit anderen Worten: Die Banken erhalten eine Gnadenfrist, um sich auf das Unvermeidliche vorzubereiten. Wenn es dann zur Umschuldung kommt, "beginnen lange Verhandlungen, dann gibt es rauchende Köpfe, dann wird um Bedingungen gefeilscht", so Kalt.

**"In Deutschland hätte man die Werke abgeschaltet"**

Das Eidgenössische Nuklearsicherheitsinspektorat gerät in die Kritik. Vergangenen Donnerstag präsentierte die Aufsichtsbehörde des Bundes eine Liste mit Mängeln bei den Schweizer Atomkraftwerken. Trotz diesen Defiziten müssen die Werke nicht vom Netz. Das löst bei Experten Kopfschütteln aus. "In Deutschland wären diese Werke abgestellt worden", sagt Walter Wildi, ehemaliger Präsident der Eidgenössischen Kommission für nukleare Sicherheit im Interview mit der "Zentralschweiz am Sonntag". Auf Unverständnis stösst bei Wildi auch die Forderung, dass Kernkraftwerk-Betreiber den Nachweis erbringen müssen, dass sie für ein 10'000-jährige Erdbeben geschützt sind. Dadurch entstünde nicht mehr Sicherheit. "Mit solch einem Zeitrahmen arbeite man mit möglichen Standards und Ereignissen, für die man überhaupt keine Datensicherheit mehr habe", gibt der Professor der Universität Genf zu bedenken.

Kontakt:

Zentralschweiz am Sonntag

Maihofstrasse 76

6002 Luzern

Tel. +41 41 429 51 51

Fax. +41 41 429 52 89

redaktion@zentralschweizamsonntag.ch

http://www.lzmedien.ch

Diese Meldung kann unter <https://www.presseportal.ch/de/pm/100001134/100624283> abgerufen werden.